

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES NORDRHEIN-WESTFALEN



Liebe Genossinnen und Genossen,

unser Kampf gegen die Wahltrickserei der Landesregierung geht weiter! Wir haben schon erfolgreich gegen die Zusammenlegung von Kommunal- und Europawahl geklagt. Doch CDU und FDP zeigen keinen Respekt vor dem NRW-Verfassungsgerichtshof. Sie wollen nun aus wahltaktischen Gründen einen separaten Kommunalwahltermin am 30. August 2009 durchsetzen. Auch gegen diese Beugung der Demokratie müssen wir uns wieder gerichtlich wehren! Die Kommunalwahl muss zusammen mit der Bundestagswahl am 27. September stattfinden! Und die Menschen in NRW denken wie wir: Zwei Drittel lehnen einen zusätzlichen Wahltermin zwei Wochen nach den Sommerferien ab, der auch noch über 40 Millionen Euro an Steuergeldern kostet.

Fest steht auch: Wir unterstützen die Klage der Grünen gegen die Abschaffung der Stichwahl. Wir waren immer gegen die demokratiefeindliche Abschaffung der Stichwahl durch die Landesregierung. Denn dadurch kann ein Bürgermeister oder Landrat auch dann ins Amt kommen, wenn nur eine Minderheit der Wählerinnen und Wähler für ihn gestimmt hat. Das schwächt den demokratischen Rückhalt der Gewählten ganz erheblich.

Liebe Genossinnen und Genossen,

unsere Unterschriftenaktion für die Zusammenlegung der Kommunal- mit der Bundestagswahl ist – vor allem dank Euch – hervorragend angelaufen. Bitte unterstützt uns weiterhin aktiv, um den Druck auf CDU/FDP zu erhöhen. Dem NRW-Teil des Vorwärts ist ein Brief von mir und eine Unterschriftenliste beigelegt. Bitte verwendet die Liste, um in Eurem Freundes- und Bekanntenkreis möglichst viele Unterschriften zu sammeln. So können wir den großen Unmut der Bevölkerung gegen die Wahltrickserei aufnehmen. Wenn wir gemeinsam anpacken, werden wir erfolgreich sein!

Eure Hannelore Kraft



DER KOMMUNALKONVENT IN DORTMUND

RÜCKENWIND FÜR DIE KOMMENDEN WAHLKÄMPFE

Mehr als 500 Kandidatinnen und Kandidaten der SPD für die Kommunalwahl trafen sich am 28. Februar 2009 in der Zeche Hansemann in Dortmund, um europapolitische und kommunalpolitische Themen zu diskutieren und sich Anregungen für die anstehenden Wahlkämpfe zu holen. Als Redner waren der SPD-Vorsitzende, Franz Müntefering, und der SPD-Spitzenkandidat für die Europawahl, Martin Schulz, zu Gast.

Martin Schulz warb in einer engagierten Rede für ein soziales Europa. Europa sei derzeit in keinem guten Zustand, „weil es von den Konservativen und Liberalen seit Jahren in die falsche Richtung geführt wird“, so Schulz. Es sei endlich Zeit für eine sozialdemokratische Mehrheit im Europäischen Parlament. Schulz betonte die Signalwirkung der Europawahl: „Wenn wir am 7. Juni gewinnen, dann ist das Rückenwind für alle nachfolgenden Wahlen“.

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion mit Hannelore Kraft, Vorsitzende der NRWSPD, und Frank Baranowski, SGK-Landesvorsitzender und Oberbürgermeister von Gelsenkirchen, stand die Verschiebung des Kommunalwahltermins im Mittelpunkt. Hannelore Kraft betonte, es sei richtig gewesen zu klagen. „Wir haben die Trickserei der CDU/FDP-Landesregierung offengelegt.“ 42 Millionen Euro für einen separaten Wahltermin zu verschwenden, sei nicht hinnehmbar, so Kraft. Den Menschen müsse klargemacht werden, dass die Landesregierung erneut versuche zu tricken. „Daher haben wir eine Unterschriftenaktion ins Leben gerufen und eine Plakatkampagne aufgelegt. Helft mit, den Menschen in diesem Land die Tricksereien von Rüttgers und Wolf deutlich zu machen!“ sagte Kraft.

Franz Müntefering sprach sich in seiner Rede ebenfalls für eine Zusammenlegung von Kommunal- und Bundestagswahl aus.

Die Landesregierung betreibe nicht nur Trickserei, „da wird die Demokratie gebeugt“, so Müntefering. „Das ist ein Verstoß gegen den demokratischen Grundgedanken an sich und das aus rein wahltaktischen Gründen.“ Man dürfe den 30. August als Kommunalwahltermin nicht hinnehmen. „Unser Ziel ist die Zusammenlegung mit der Bundestagswahl. Ansonsten verweise ich auf den Artikel 62 der Landesverfassung: Der Ministerpräsident und die Minister dürfen jederzeit freiwillig zurücktreten.“



In seiner politischen Grundsatzrede betonte Müntefering, die Ideen und Ziele der Sozialdemokratie seien aktueller denn je: „Wir Sozialdemokraten haben eine große Chance, weil die Menschen wissen, sehen und spüren, dass die SPD Antworten auf die großen Herausforderungen der Zeit hat. Die Finanzkrise hat dazu beigetragen, dass die Menschen wieder die soziale Sicherheit in den Mittelpunkt stellen“, so Müntefering.

Zum Abschluss der Veranstaltung ließen Hannelore Kraft und Franz Müntefering zusammen mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern hunderte roter Luftballons in den Dortmunder Himmel steigen. Auf der dazugehörigen Postkarte wird die Zusammenlegung von Kommunal- und Bundestagswahl gefordert. Die Postkarten können unterschrieben an Ministerpräsident Jürgen Rüttgers geschickt werden. ■

„WIR KÖNNEN ES BESSER ALS DIE ANDEREN“

GELSENKIRCHENER GESPRÄCHE 2009: DAS SUPERWAHL- JAHR FEST IM BLICK



v.l.n.r.: Martin Schulz, SPD-Spitzenkandidat zur Europawahl, Hannelore Kraft, Vorsitzende der NRWSPD, Franz Müntefering, SPD-Parteivorsitzender

„Unsere Partei ist sich einig wie lange nicht mehr. Wir sind stolz auf unsere Politik – endlich. Wir können es besser als die anderen, lasst es uns lauter und ein bisschen selbstbewusster sagen.“ Der SPD-Kanzlerkandidat **Frank-Walter Steinmeier** versprühte bei den Gelsenkirchener Gesprächen am 12. und 13. März reichlich Selbstbewusstsein: „Wir geben in der Bundesregierung den Takt vor!“ sagte er und verwies auf die „zu 90 Prozent sozialdemokratische Handschrift“ des Konjunkturpakets zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise.

Im Mittelpunkt der traditionellen Veranstaltung, an der die Mandatsträger der nordrhein-westfälischen SPD aus dem Europaparlament, dem Bundestag, dem Landtag und den Kommunen teilnahmen, standen in diesem Jahr europa- und kommunalpolitische Themen.

Gelsenkirchener Erklärung 2009: „NRW: Starke Region in einem sozialen Europa“

„Eine handlungsfähige Staatengemeinschaft kann die Europäische Union nur dann sein, wenn sich alle Mitgliedsstaaten zum Leitbild des handlungsfähigen und soliden wie gerecht finanzierten Staates bekennen“, forderten die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer in der „Gelsenkirchener Erklärung 2009“, die am Ende der Veranstaltung verabschiedet wurde. Martin Schulz, der SPD-Spitzenkandidat zur Europawahl, sei „Garant dafür, dass die Europäische Union für alle Menschen eine verlässliche soziale Dimension gewinnt.“ Die guten Erfahrungen einer bürgerorientierten Politik will die NRWSPD deswegen noch stärker in Europa einbringen. Das Leitbild der „Sozialen Stadt“ müsse stärker als bislang Bestandteil europäischer Programme und Richtlinien werden.

Von den 27 EU-Staaten haben 19 konservative oder liberale Regierungen, die derzeit über Ministerrat und Kommission die europäische Politik dominieren. **Martin Schulz** setzte sich in Gelsenkirchen deswegen für ein klares sozialdemokratisches Gegengewicht im politisch gestärkten Europaparlament ein. „Europa bedroht uns nicht, sondern ist nur falsch regiert“, bekräftigte **Bernhard Rapkay**, Vorsitzender der SPD-Gruppe im Europa-

parlament, und forderte einen „sozial und ökologisch regulierten“ europäischen Binnenmarkt.

Die Gelsenkirchener Erklärung bringt die Forderungen der NRWSPD auf den Punkt: „Die Stunde der Krise muss auch die Stunde der Solidarität der Mitgliedstaaten untereinander sein. Fairer Wettbewerb untereinander muss gefördert, Sozial- und Umweltdumping verhindert werden. Steueroasen müssen in Europa konsequent ausgetrocknet werden.“ Angesichts der akuten und konkret-bedrohlichen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise forderte die NRWSPD in Gelsenkirchen „europäische Lösungen“ und „einen Pakt des Vertrauens“ zur Rettung der Industriearbeitsplätze bei Opel und bei anderen, auch kleinen und mittleren Unternehmen, die unverschuldet in die Krise geraten sind. „Das marktradikale Gegenkonzept zum gemeinschaftlichen Miteinander ist in den vergangenen Monaten krachend gescheitert“, sagte Frank-Walter Steinmeier und: „Ich verstehe die Wut der Menschen, die jetzt in der Krise das Desaster ausbaden sollen, das Andere angerichtet haben.“

Kraft: „CDU orientierungslos“

Die SPD-Landesvorsitzende **Hannelore Kraft** bezog dabei die NRW-Landesregierung mit ein. „Rüttgers schwebt zwischen rot lackierten Überschriften und dem neoliberalen Mantra des 'Privat vor Staat', kritisierte sie den NRW-Ministerpräsidenten und seine „orientierungslose“ CDU. „Immer, wenn es konkret wird, duckt Rüttgers sich weg“, so Kraft. Steinmeier hatte in seiner

Rede an Nokia erinnert. Seinerzeit habe er eine NRW-Bundesratsinitiative vermisst, die solche Schließungen in Zukunft erschwert hätten. Bezogen auf Opel appellierte der Vize-Kanzler an Rüttgers: „Wenn Sie wirklich helfen wollen, machen sie mehr Druck bei CDU und CSU. Sie dürfen nicht zulassen, dass während der Diskussion über ein ordnungspolitisches Reinheitsgebot das Unternehmen untergeht.“

Der SPD-Vorsitzende **Franz Müntefering** nahm bei den Gelsenkirchener Gesprächen unter der Überschrift „Weshalb wir es schaffen werden!“ alle bevorstehenden Wahlen ebenso zuversichtlich wie SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier in den Blick. Auch er forderte dabei ausdrücklich, dass die SPD-Mandatsträger aller politischen Ebenen konstruktiv und abgestimmt zusammenwirken müssten. Müntefering unterstrich, dass gerade angesichts der Herausforderungen durch die Globalisierung sozialdemokratische Kommunalpolitik für die soziale Stadt immer wichtiger werde.

Bei den Gelsenkirchener Gesprächen wurde an verschiedenen Stellen deutlich, wie sehr die Politik vor Ort unter der derzeitigen kommunalfeindlichen CDU/FDP-Landesregierung zu leiden hat. Dies sei besonders in der Finanzpolitik der Fall, sagte Bernd Scheelen, kommunalpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Die Landesregierung in Düsseldorf habe den Kommunen zwei Milliarden Euro vorenthalten. Dies sei nicht hinnehmbar, so Scheelen. Die Regierung Rüttgers und schwarz-gelb verdienen die rote Karte! ■



Frank-Walter Steinmeier, SPD-Kanzlerkandidat, bei den Gelsenkirchener Gesprächen 2009

NRWSPD – Stark vor Ort:

INFOSTAND DER NEUEN GENERATION DER SPD-ORTSVEREIN SOEST GEHT NEUE WEGE

„Wir wollen nicht nur selbst informieren, sondern uns auch von den Bürgerinnen und Bürgern informieren lassen“, erklärt Peter Brüseke, Vorsitzender der SPD in Soest, und beschreibt damit in einem Satz das neue Infostand-Konzept der Sozialdemokraten in Soest. Ziel des Projektes ist es, bei den Passanten mehr Aufmerksamkeit zu wecken.

„Wir standen vor einem Infostand und versuchten, Infomaterial an die Passanten zu verteilen“, erinnert sich Michael Pendzich, Pressesprecher des SPD-Ortsvereins. Dieses Konzept habe sich aber nur als begrenzt erfolgreich erwiesen. Nun werden an den neuen SPD-Infoständen immer konkrete Probleme zur Diskussion gestellt und die Passanten dazu befragt. Eine gute Woche vorher wird das Thema festgelegt, ebenso, wie und in welcher Form es konkret präsentiert wird. Die Resultate können sich sehen lassen.

Ein konkretes Ergebnis sind zum Beispiel 174 Denkmäler für den Soester CDU-Bürgermeister zum Thema „Bürgerzentrum“, die innerhalb von zwei Stunden an einem Samstagvormittag in der Soester Fußgängerzone gesammelt wurden. Für SPD-Bürgermeisterkandidatin Christina Carl war das eine überwältigende Bestätigung für die SPD-Positionen und das neue Infostand-Konzept: „Wer eine Meinung zum Bürgerzentrum hat, hat eine positive Meinung.“ Von Seiten der CDU-Mehrheit im Soester Rat steht das Bürgerzentrum unter Beschuss.

Die Soester Genossen nutzen ihren neuen Infostand aber auch, um frühzeitig Bürgerbeteiligung zu organisieren. So steht die mögliche Bewerbung der Stadt (gemeinsam mit Bad Sassendorf und Möhnese) für die Landesgartenschau 2017 an. Die Fragen, wie ein öffentlicher Diskurs da-



v.l.n.r.: Hans-Werner Gierhake, Rosemarie Gierhake, Christina Carl (Bürgermeisterkandidatin), Stefan Carl

zu aussehen könnte, stellte die SPD in den Mittelpunkt eines Infostand-Samstages: Wie kann man eine breite Bürgerbeteiligung erreichen? Haben die Soesterinnen und Soester überhaupt Interesse an diesem Thema, das auch mit Kosten für die Stadt verbunden wäre?

Regelmäßig werden am Stand zwei Stellwände aufgebaut, auf denen Informationen zum aktuellen Thema nachzulesen sind. Darunter Zeitungstexte, Stellungnahmen, Pläne und Bilder. Die Genossinnen und Genossen suchen das Gespräch mit den Passanten und fragen nach ihren Meinungen. Pressesprecher Pendzich: „Meistens entwickelt sich schnell ein Gespräch, in dessen Verlauf gemeinsam ein Fragebogen ausgefüllt oder ein Stimmzettel ausgehändigt werden kann.“ Die Stimmzettel oder Fragebögen werden gesammelt und anschließend ausgewertet. ■

DIE NRWSPD GRATULIERT IM APRIL...

...ZUR LANGJÄHRIGEN MITGLIEDSCHAFT

- 80 Jahre** Paul Bruckner
- 60 Jahre** Werner Nöll
Günter Senzek
Gerd Wiggershaus
Klaus Eberz
August Kassebaum
Fritz Kienitz
Alfred Sommer
- 55 Jahre** Helmut Diekmann
Kurt Geil
Valentin Gotthardt
Hans Löns
Horst Schnelle
Reinhold Schreiner
Karl-Heinz-Servos
- 50 Jahre** Franz Barten
Wolfgang Berg
Frank Bertsch
Maria Böhmer
Erich Czollmann
Ilse Eiskirch
Walter Fengels
Hermann Fricke
Hugo Koch
Heinz König
Ottomar Rentz
Christoph Rieber
Peter Schneider
Wilhelm Simons
- ... ZUM GEBURTSTAG**
- 102 Jahre** Emma Kraemer
- 100 Jahre** Hedwig Zehnder
- 99 Jahre** Erich Meltzow
- 98 Jahre** Friedrich Brauner
Martha Nitsche
- 97 Jahre** Otto Böhme
Hedwig Heider
Hedwig Feldmeyer
- 96 Jahre** Karoline Lachnitt
Elfriede Baumann
Frida Begemann-Bongartz
Josef Dankwart
Berta Zwingelberg
Else Biedermann
- 95 Jahre** Leo Primm
Elli Schmitz
Stefanie Hansen
Hermann Fabian
Felix Chelbowski
Ella Wolff

POLITISCHER ASCHERMITTWOCH AM 25. FEBRUAR 2009 IN SCHWERTE

Stehende Ovationen und minutenlanges Applaus beim diesjährigen Politischen Aschermittwoch in Schwerte: Im ausverkauften Saal des Waldrestaurants Freischütz heizten Klaus Wowereit, regierender Bürgermeister von Berlin, Hannelore Kraft, Vorsitzende der NRWSPD, und Norbert Römer, Vorsitzender der SPD-Region Westliches Westfalen, den über 700 Gästen kräftig ein.

Nach einem beherzten Auftritt von Norbert Römer rechnete Hannelore Kraft mit der CDU/FDP-Landesregierung ab. „Ministerpräsident Rüttgers ist nicht der Robin Hood der CDU, sondern der böse Sheriff, der die Armen plündert und die Kommunen schröpft“, rief sie unter tosendem Beifall. Anschließend ging sie mit dem „Pannenkabinett“ des Ministerpräsidenten ins Gericht. CDU-Finanzminister Linssen sei für die Rekordverschuldung des Landes und für das WestLB-Desaster verantwortlich, so Kraft, und auch im Schulministerium von Frau Sommer jage eine Peinlichkeit die nächste. Chaosabitur, Kopfnotenkatastrophe und geschönte Zahlen beim Unterrichtsausfall seien nur einige Beispiele für das permanente Versagen der Schulministerin. „Sie ist der Charentod für unsere Kinder“, rief Kraft. Hinzu komme der Rücktritt von Verkehrsminister Wittke, der mit über 100 km/h durch eine geschlossene Ortschaft gerast war. Mit Blick auf den Kommunalwahltermin und FDP-Innenminister Wolf sagte Kraft: „Der Wolf ist ja mittlerweile ein Intensivtäter in Sachen Verfassungsbruch. Ich bin gespannt, ob er im nächsten Verfassungsschutzbericht auftaucht.“

Auch die Partei „Die Linke“ bekam ihr Fett weg. Kraft bezeichnete sie als „Chaostruppe der Realitätsverweigerer“. Unter lautstarker Zustimmung des Publikums stellte sie fest: „Wir Sozis werden gebraucht, in NRW und in Berlin!“

Dann übernahm Klaus Wowereit das Mikrophon. Auch er sparte nicht mit Kritik an Ministerpräsident Jürgen Rüttgers: „Rüttgers ist eine Mogelpackung, bei

ihm kommt nie heraus, was draufsteht.“ Der Mann sei erzkonservativ und wolle die Gesellschaft spalten. „Der selbsternannte Arbeiterführer ist kein Arbeiterführer.“ Und auch bei ihrer Kritik am Kommunalwahltermin pflichtete Wowereit seiner Vorrednerin Hannelore Kraft bei: „Es ist schon ein Ding, dass eine Landesregierung absichtlich gegen die Landesverfassung verstößt.“



v.l.n.r.: Norbert Römer, Hannelore Kraft, Klaus Wowereit

Zur Finanzkrise erklärte Wowereit, die SPD sei in ihren Warnungen bestätigt worden: „Als Müntefering von Heuschrecken sprach, wurde er böse angegangen.“ Heute wäre so mancher froh, hätte er damals auf Münte gehört, so Wowereit. Weder die wirtschaftsliberalen Positionen der FDP noch die gegenteiligen Positionen der „Linkspartei“ seien richtig. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel sei in der Finanzkrise vor allem durch Zurückhaltung aufgefallen. „Wenn sie weiter abwartet, muss eine Abwrackprämie her – für die CDU“, forderte Wowereit.

Der Beifall des Publikums für seinen engagierten und kämpferischen Beitrag war ihm Gewiss. Die traditionelle Veranstaltung in Schwerte war einmal mehr ein voller Erfolg und demonstrierte in beeindruckender Weise die Kampfbereitschaft der SPD in Nordrhein-Westfalen. ■



GEMEINSAME VORSTANDSSITZUNG DER NRWSPD UND DER SPD NIEDERSACHSEN

Am 6. März trafen sich die Vorstände der SPD-

Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen zu einer gemeinsamen Sitzung im westfälischen Münster. Ziel des Treffens war es, die zentralen inhaltlichen Positionen im Vorfeld der Wahlen dieses Jahres zu diskutieren und abzustimmen. Unter der Leitung der Landesvorsitzenden Hannelore Kraft und Garrelt Duin

standen die Themen Bildung, Energie und Industriepolitik im Mittelpunkt der Debatte. Die gemeinsame Veranstaltung war zudem klares Signal für eine enge Kooperation der beiden Landesverbände in den bevorstehenden Wahlkämpfen. Am Ende der Sitzung wurde die gemeinsame Resolution „Die soziale und demokratische Gesellschaft stärken!“ verabschiedet.

Die Resolution kann im Internet unter www.nrwspd.de/Resolution_NRW_Niedersachsen eingesehen werden. ■